

Verständigungsschwierigkeiten mit der SPD

Zwei Tagungen mit unterschiedlichem Profil

In der zweiten Maihälfte fanden kurz nacheinander im Vorfeld von Kirche und Partei zwei Begegnungen über die SPD — ihre geschichtliche Herkunft, ihren gegenwärtigen politischen Standort und ihr Verhältnis zur Kirche — statt. Für den 19./20. Mai lud die Katholische Akademie in Bayern zu einer Tagung mit dem Generalthema „SPD woher — wohin?“ ein. Acht Tage später fand auf Initiative der Parteiführung im Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Münstereifel ein Akademie-Gespräch über das „Selbstverständnis von katholischer Kirche und Sozialdemokratie heute“ unter dem Titel „Freiheit und Toleranz“ statt. Den Tagungen war einiges Gemunkel vorausgegangen, und offenbar fehlte es auch nicht an Mißverständnissen. Akademiedirektor *Franz Henrich* versicherte im Kardinal-Wendel-Haus unter Protest, hinter den beiden Tagungen verberge sich „nicht die geringste Koproduktion“.

Nur halb gelungene Konfrontierung

Der Grund dieses Dementis war die Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Tagung in Münstereifel. In ihr war ausdrücklich vermerkt, man wolle die „in der Katholischen Akademie Bayern begonnenen Akademie-Gespräche“ nun in Münstereifel fortsetzen. Tatsächlich hatten die beiden Veranstaltungen außer einem Stück gemeinsamer Thematik und den mißverständlichen Terminen wenig miteinander zu tun. Die Münchner Tagung galt der SPD als solcher. Mit ihr wurde eine Tagungsreihe über „Grundorientierungen und Ziele der Bundestagsparteien“ eröffnet. Bereits im Juni sollte eine ebensolche Tagung über die CDU folgen (sie mußte wegen der personellen Veränderungen an der Spitze der Partei verschoben werden), und für Herbst ist eine Paralleltagung mit der FDP vorgesehen. Ziel der Münchner Tagung war die Konfrontation von Vertretern der wichtigsten Flügel der Partei mit kritischen „Sachkennern“ aus Politikwissenschaft und Publizistik. Diese Konfrontierung war der Akademie mit *Herbert Wehner*, *Hermann Schmidt-Vockenhausen* und dem Juso-Vorsitzenden *Wolfgang Roth* auf Partei- und mit Prof. *Rolf Sternberger* und *Hans Buchheim* auf seiten der Politikwissenschaft auch hervorragend gelungen. Unter den geladenen Gesprächspartnern waren die erklärten Sympathisanten der Partei eindeutig in der Minderheit. Das Verhältnis von SPD und Kirche war ein Thema unter anderen, keine bloße Pflichtübung, wie es ein Zeitungskommentar darstellte,

aber die Aufmerksamkeit galt in erster Linie der Partei als der politischen Kraft, die gegenwärtig die Hauptverantwortung für die Regierung trägt. Die Münchner Veranstaltung zog ein zahlreiches Publikum an, ca. 700 Teilnehmer waren gemeldet, etwa 800 hörten das Referat von *Herbert Wehner*.

In Münstereifel war das *Verhältnis SPD—Kirche* der eigentliche Gesprächsgegenstand. Hier suchte die Partei das Gespräch mit der Kirche. Allerdings gelang dies im Ansatz nur halb. Von den eingeladenen Bischöfen erschien keiner, die amtlichen katholischen Stellen auf Bundesebene, das Kommissariat der deutschen Bischöfe in Bonn und das ZdK waren nur durch je einen Mitarbeiter vertreten. Termingründe spielten dabei eine Rolle, aber noch mehr die Meinung, ein Akademie-Gespräch sei für einen quasi-offiziellen Gedankenaustausch nicht der richtige Rahmen. Die Teilnehmerschaft war mit ca. 60 Personen absichtlich klein gehalten. Erschienen war auffallend viel Parteiprominenz: neben Verteidigungsminister *Georg Leber*, der die Einführung gab, und Raumordnungs- und Wohnungsbauminister *Hans-Jochen Vogel*, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der SPD in Bayern, *Peter Glotz* MdB, und dem nordrhein-westfälischen Justizminister *Dieter Posser* als Redner auch der stellvertretende Parteivorsitzende Ministerpräsident *Heinz Kühn*, der Fraktionsvorsitzende *Herbert Wehner*, der Bundesgeschäftsführer *Holger Börner* und zeitweise auch Senatspräsident *Hans Koschnik* (Bremen) und der rheinland-pfälzische SPD-Vorsitzende *Dröscher*. Die Gesprächspartner der Partei waren in der Hauptsache Theologen. *Frank Böckle*, *Hermann-Josef Wallraff* und *Karl Rahner* hielten Referate. Unter der mitdiskutierenden Teilnehmerschaft war das mit der Partei sympathisierende Element stärker vertreten, darunter auch einzelne Mitglieder des Katholischen Arbeitskreises innerhalb der SPD-Wählerinitiative. Die Referate waren auf hohes Niveau angelegt. Nur eines, das von P. Wallraff, beschäftigte sich mit einem speziellen tagespolitischen Thema (Mitbestimmung). Aber hier fehlten die Gewerkschaften als Partner. So blieb es im wesentlichen bei der Lesung aus „Bekanntnisschriften“ und bei Grundsatz-erörterungen. Der ‚Dialog‘ wurde selten ganz konkret geführt mit einer Ausnahme vielleicht dort, wo das Subsidiaritätsprinzip und das Wirken kirchlicher Träger im kommunalen und staatlichen Raum zur Sprache kam (Wohlfahrtswesen, Erwachsenenbildung). Streckenweise

wurde die Tagung zu einem Gespräch unter Katholiken oder mit Katholiken, die ihre Schwierigkeiten mit der Kirche haben und in der Politik der SPD einen Bundesgenossen sahen oder sehen wollten. Die Vertreter der Partei schienen in einer Phase, in der die Verständigung zwischen der ersten Regierungspartei und der Kirche nicht zuletzt wegen der Reform des § 218 des StGB schwierig ist oder wieder schwieriger wird, auf interessiertem Hinhören eingestimmt zu sein.

Wie sieht die Partei sich, und wie sehen sie die anderen

Während in Münstereifel die Pluralität stärker auf seiten der katholischen Gesprächspartner war und die Führungsangehörigen der Partei betont homogen sprachen, war in München durch die Auswahl der Redner und durch die Debatte vor einem überwiegend CSU-nahen Publikum mehr Gesprächsdynamik eingebaut. Der innere Spannungszustand der Partei, der zugleich ein nicht ungefährlicher Spannungszustand in der Entwicklung der parlamentarisch-rechtsstaatlichen Demokratie ist, konnte bei der Notwendigkeit, die eigenen Genossen anzusprechen und zugleich den „richtigen“ Ton für das parteiferne „katholische“ Publikum zu finden, auch durch die dialektischen Kraftakte Herbert Wehners, der Roth mit gleich viel Temperament widersprach und ihn gegen Angriffe auch aus den eigenen Reihen in Schutz nahm, nicht überspielt werden.

So ganz einfach war das Gespräch und die Verständigung nicht, auch wenn Symptome und Fakten in Referaten mit gegensätzlicher Tendenz bei verschiedener Gewichtung und verschieden offener Aussprache auch durchaus dieselben waren. Wenn Wehner im Blick auf gewisse Beschlüsse des Parteitages in Hannover (Maklerbeschuß) feststellte, die Partei müsse in der Verantwortung in der Regierung erst noch lernen, was sie verkräften könne und was ihr bekomme oder nicht bekomme, so fragten die anwesenden Wissenschaftler doch prinzipieller nach dem Einklang solcher Beschlüsse mit der Verfassung. Wenn Wehner seiner eigenen Partei den Rat gab, „das wichtigste aus dem Notwendigen“ auszuwählen, so stellten Gesprächspartner von außerhalb der Partei doch die Frage, wie ernst die Partei bei der Setzung der Prioritäten es mit dem Verfassungsstaat nehme. Und Wolfgang Roth, der an Stellen, wo er soziales Engagement in Anspruch nahm, selbst von CSU-Sympathisanten Beifall erhielt, stieß mit seinem zentralen Postulat, die demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung sei mit einer „antikapitalistischen Politik“ (unter Einschluß der Sozialisierung der Produktionsmittel) durchaus vereinbar, auf heftigen Widerstand bei gemäßigten Sozialdemokraten und selbst bei Jungsozialisten, während der sich selbst als „linksliberal“ einstufende Peter Glotz mit der Bemerkung, das

Privateigentum an Produktionsmitteln müsse keineswegs aus ideologischen Gründen bestritten, sondern könne aufgrund von Erfahrungstatsachen in Frage gestellt werden, in Münstereifel kaum auf offenen Widerstand stieß und sich folglich weitere Präzisierungen ersparen konnte. Wenn Wehner die gegenwärtige Spannungslage in seiner Partei mit anderen führenden Sozialdemokraten als Wachstumsproblem infolge eines starken Regenerationsprozesses in der Mitgliedschaft deklarierte (350 000 Mitglieder mehr innerhalb von neun Jahren mit unverhältnismäßiger Stärkung des intellektuellen und studentischen Elements), hörte sich die knappe, aber prägnante Rekapitulation der Politgeschichte der deutschen Sozialdemokratie durch *Rolf Sternberger* als konfliktive Untermauerung der von Wehner charakterisierten Spannungslage in der Gegenwart an. Sternberger untersuchte das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zur verfassungsstaatlichen Ordnung. Er charakterisierte dieses, teilweise durchaus in Übereinstimmung mit Selbstdarstellung in Münstereifel, als die *Geschichte eines Konfliktes zwischen einem entschiedenen Ja zum Verfassungsstaat und der Option für dessen revolutionäre Überwindung*. Er kennzeichnete den Weg der Partei als ein Schwanken „zwischen der Zuwendung zu den politischen Institutionen und der Entscheidung zur revolutionären Emanzipation“. Der Konflikt stand am Beginn zwischen Lassalle und Marx, er kehrte wieder in der Auseinandersetzung zwischen Ludwig Bernstein und Karl Kautsky und wird an der Wiege der Weimarer Republik in der Auseinandersetzung mit dem Spartakusbund und der Rätedemokratie Liebknechts zugunsten der Staatsordnung entschieden. Trotz dieses Dilemmas sei die Sozialdemokratie „immerfort auf den Staat zugegangen, zögernd, stockend, zur Kehrtwendung bereit, aber unaufhaltsam“, selbst wenn sie erst nach den Erfahrungen mit dem Dritten Reich die Bedeutung des Verfassungsstaates voll erkannt und ein volles Ja zu ihm gesagt habe. Erst im Godesberger Programm habe man endlich auch dem marxistischen Dogmensystem den Abschied gegeben und damit den Verzicht auf „letzte Wahrheiten“ ausgesprochen. In der gegenwärtigen Entwicklung der SPD, vor allem in den von den Jungsozialisten repräsentierten Strömungen, sah Sternberger von neuem eine Hinwendung zur „eschatologischen“ Komponente in der Politik.

Woher wohl „das neue Religionsbedürfnis“ komme und wie wohl von neuem der Ruf nach einer „gesellschaftlichen Demokratie ohne Staat“ zu erklären sei, wollte Sternberger wissen. Diskussionsteilnehmer bezweifelten jedoch, ob er damit die Verhältnisse in der SPD richtig getroffen habe. Sie leugneten nicht das Vorhandensein von Versuchen „Eschatologisches“ in Politik umzusetzen, doch meinte z. B. Prof. *Alexander Schwan* (FU Berlin), ein Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats habe mit antiautoritärer Haltung nichts zu tun, und Prof. *Walter Hennis* (Freiburg) sah bei den radikalen Gruppen in der

SPD im Gegensatz zu den von Sternberger skizzierten geschichtlichen Stationen „keinen Widerspruch zum parlamentarischen Machtgebrauch und Systemveränderung“. Man wisse sehr wohl das parlamentarische System zur Durchsetzung eigener Ziele zu gebrauchen, von Unlust an der Macht, die Sternberger als eines der Kennzeichen sozialdemokratischer Geschichte darstellte, könne keine Rede sein.

Waren in diesen und anderen Beiträgen vornehmlich bestimmte Gruppen angesprochen, so griff Prof. *Hans Buchheim* (Mainz) die ganze „Richtung“ frontal an. Seine hauptsächlichlichen Vorwürfe: Die SPD werde von einer *Grundströmung* getragen, „die vom Staat nichts wissen will“, die Moral hauptsächlich als Gesellschaftskritik und nicht als Gesellschaftspolitik kenne, die Gesellschaftskritik unvermittelt in Aktion umsetze und zugleich Politik durch „Flucht ins Menschliche“ ersetze bei gleichzeitiger Neigung zu „*dezisionistischem Machtgebrauch*“. Damit werde die Partei zur Hoffnung der Unpolitischen, die alles der Gesellschaft zutrauen, aber mit dem Staat nichts anzufangen wüßten. Die Gesellschaft werde als eigenes Handlungsobjekt verstanden, obwohl sie dies nur im „Aggregatzustand“ des Staates sein könne. Da man im Sozialismus die Erfüllung der Demokratie sehe, werde die Grenze zu anderen Sozialismen, solchen totalitärer Prägung, unscharf. Das eigentliche Problem sei gerade deshalb nicht die Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus als solchem, sondern die grenzenverwischende Grundströmung *innerhalb* der Partei.

Wehner sprach im Anschluß an das Referat von Buchheim „von Leuten, die Fragen aufbauen, nach denen sie andere richten“, und es mochten in der Tat Zweifel aufkommen, ob er trotz der Brillanz, mit der Buchheim so treffsicher auf eine Grundströmung gegenwärtiger politischer Gesinnung einhieb, nicht die Partei als ganze etwas voreilig für sein Antikonzept voreinnahm. Doch fiel auf, daß die Reaktion seitens der Vertreter der Partei insgesamt eher behutsam und schwach war.

SPD und Kirche

Im Blick auf das Gespräch mit den Katholiken blieb es bei der wiederholten Versicherung, der Abschied von der Weltanschauungspartei sei endgültig, die Partei könne und wolle kein Religionsersatz sein. Hinter dieser Position, so versucht man den ständigen gegenwärtigen Vorwurf der Reideologisierung zu entkräften, gebe es kein Zurück. Man unterstrich immerfort den *Pluralismus der Motive*, die zur SPD führen können, wie sie im Godesberger Programm angegeben sind (Humanismus und klassische Philosophie, christliche Ethik, Marxismus). Aber in einer abendlichen Diskussion in Münstereifel stellte sich bald heraus, daß mit einem Pluralismus der Motiva-

tion nicht allzuviel gewonnen ist. *Karl Rahner* warf ein, völlig verschiedene Motivationen könnten nicht zu ein und demselben motivieren. Ohne diesen Einwurf voll zu akzeptieren, setzte man dann aber doch stärker auf die Grund- und Menschenrechte als politische Motivationsbasis. Damit war, so scheint es, zugleich ein erstes Kernproblem im Verhältnis von Kirche und Partei angeschnitten. Es kommt nicht darauf an, Christen bzw. Katholiken quasi mit Konzessionen zu umwerben mit dem Hinweis, daß sie auch ihre christlichen Grundhaltungen in eine sozialdemokratische Politik mit einbringen können. Es hilft auch nicht der Hinweis, daß beide Seiten von verwandten moralischen Antriebskräften bewegt werden. Es kommt vielmehr darauf an, daß die Partei auch in der Weise auf letzte Wahrheiten verzichtet, daß sie nicht de facto dann doch ins Schlepptau *einer* ideologischen Richtung gerät. Das heißt im Klartext, daß das Verhältnis von SPD und Kirche in Zukunft in erster Linie von der *Fähigkeit der SPD, Volkspartei zu sein*, abhängen wird. Von allen an den beiden SPD-Tagungen Beteiligten hat diesen Punkt, in dem hier referierten Sinne, wohl *Hermann Schmidt-Vockenhausen* am deutlichsten in Erinnerung gebracht und damit seiner eigenen Partei die möglichen Folgen eines Lavierens zwischen jungsozialistischen Hoffnungen und einer sozial-liberalen Volkspartei bei der katholischen Wählerschaft vor Augen geführt. Und es war eigentlich bedauerlich, daß das auf das Zwiesgespann Wehner—Roth fixierte Publikum kaum nachstieß.

Der zweite Kernpunkt im Verhältnis Kirche—SPD dürfte das *Maß an politisch praktizierter Freiheit* sein. *Hans-Jochen Vogel* unterstrich in Münstereifel die „Rolle des Individuums als Bezugspunkt sozialdemokratischer Politik“. Um die Art, wie sie die Rolle zu artikulieren vermag, werde die parteiinterne Auseinandersetzung in nächster Zeit vornehmlich gehen. Aus kirchlicher Sicht ist es allerdings nicht damit getan, Freiräume für das Individuum zu wahren oder zu schaffen. Damit könnten sich auch privatistische und kollektivistische Tendenzen gegenseitig negativ ergänzen. Entscheidend ist vielmehr, daß trotz aller notwendigen Planung und entgegen aller Planungsideologie Raum bleibt für gesellschaftliche Initiativen von Gruppen und freien Trägern. Würde man dies nur als konfessionelles Postulat zum Schutz der eigenen Interessen sehen, so wäre dies falsch. Die Kirche ist vielmehr selbst gehalten, zu prüfen, was sie gesellschaftlich leisten kann. Das Wirken freier Kräfte *nicht nur* in Randregionen, wo Staat und Kommunen nicht „greifen“, gehört aber ebensosehr zu einer freiheitlichen Grundordnung wie Privateigentum und Wettbewerb. Es gab wiederholt Bekenntnisse zum Subsidiaritätsprinzip. Besonders klar fiel es bei Hans-Jochen Vogel aus. Aber auch Roth bekannte sich dazu. Doch dürfte es gerade hier einiges zu erklären geben. Die Versicherung Roths, mit der er sich von kirchenkämpferischen Tendenzen der Jung-

demokraten absetzte, die Kirchen gehörten heute nicht mehr zu den fortschrittshehmenden Kräften und man habe keinen Grund, ihre gesellschaftliche Position in Frage zu stellen, war zu sehr vom eigenen Fortschrittsverständnis gefärbt, um besonders hilfreich zu sein. Roth meinte, auch das Subsidiaritätsprinzip müsse viel mehr auf die Betroffenen bezogen werden. Wie dies im Zusammenspiel zwischen Staat, Kommunen, freien Trägern und Selbsthilfeorganisationen geschehen soll, darüber hätte man gerne mehr erfahren.

Als drittes Kernproblem im Verhältnis Kirche—Partei kristallisierte sich die Frage heraus, *welchem Menschenbild die SPD im Blick auf ethische Grundentscheidungen, die in die praktische Politik und Gesetzgebung hineinreichen, den Vorrang gibt und wie weit die Kirche als in der Transzendenz gründende moralische Autorität ernstgenommen wird.*

Es geht dabei auch um die von Leber und Minister Posser allgemein erhobene Forderung nach *positiver* Toleranz, die der Kirche eine *aktive* Rolle zuerkennt und sie nicht nur „erträgt“. Prof. J. B. Metz (Münster) nannte zum Abschluß der Diskussion in Münstereifel den § 218, der auf beiden Tagungen zwar im Hintergrund gehalten, aber doch immer wieder angesprochen wurde, dafür als „ernstes Beispiel“. Er forderte für die Zukunft eine Aussprache darüber, wie die SPD und die Kirche auf den je verschiedenen Verantwortungsebenen zur Bewahrung und Organisation des Lebens in der Zukunft stehen und welche Gemeinsamkeiten es hier überhaupt geben könne. Damit war zweifellos der schwierigste Punkt angesprochen und zugleich der Komplex genannt, über den Gespräche zwischen Kirche und Parteien am sinnvollsten erscheinen.

Äquidistanz ist kein Allheilmittel

Diese hier nur gerafft wiedergegebenen Schwerpunkte relativierten ein Stück weit von selbst das Prinzip der *Äquidistanz* (der Kirche zu den Parteien), das im Anschluß an das Arbeitspapier der Synodenkommission V „über Aufgaben der Kirche von Staat und Gesellschaft“ vor allem von Prof. Böckle in die Diskussion gebracht wurde. Dieses Prinzip hat in der Bundesrepublik angesichts einer lange Zeit fast selbstverständlichen Nähe zu den Unionsparteien bei ebenso großer, wenn nicht noch größerer Distanz von der SPD durchaus einen guten *operativen* Sinn. Es ist aber schon in sich problematisch. Es kann in erster Linie kaum darum gehen, daß die Kirche zu allen Parteien gleichsam die geometrisch *gleichweite* Distanz hält. Entscheidender ist, daß die Kirche zu den Parteien *überhaupt* Distanz hält und daß das öffentliche Wirken der Kirche nicht mit der politischen Ebene, auf der Parteien agieren, verwechselt wird. Die größere oder geringere Nähe der Katholiken *als Wählerschaft* zu einer bestimmten Partei richtet sich indessen nach der größeren oder geringeren Nähe dieser Partei zu ihren Grundüberzeugungen und, soweit vorhanden, konfessionsspezifischen soziokulturellen Präferenzen. Dies ist in den angelsächsischen Ländern, wo die Distanz zu den Parteien — als Distanz zur parteipolitischen Ebene — viel größer ist, nicht anders. Es gibt Präferenzen der US-Katholiken für die Demokraten und der englischen Katholiken für Labour. Es ist an den Parteien, dieses Verhältnis jeweils mit ihren Mitteln in einem für sie erträglichen Gleichgewicht zu halten. Dies ist natürlich kein Feld für Eiferer und Missionare, und deswegen bedarf das Verhältnis von SPD und Kirche, das wurde auch in Münstereifel deutlich, in diesem Punkte noch der Entkrampfung.

Kurzinformationen

In diesem Frühjahr hat die **deutsch-schweizerische Ordinarienkonzferenz eine Erklärung zur innerkirchlichen Auseinandersetzung in der deutschsprachigen Schweiz herausgegeben**; sie ist unterzeichnet von den Bischöfen von Basel, Chur, St. Gallen und vom Abt von Einsiedeln. Diese Auseinandersetzungen gehen vor allem um die Entwicklung, die sich seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil angebahnt hat. Die Ordinarienkonzferenz begreift es zwar, „daß dabei nicht alle die gleichen Auffassungen über die Notwendigkeit von Veränderungen im kirchlichen Leben vertreten. Gelegentlich kommt es zu Spannungen zwischen sog. ‚progressiven‘ und ‚traditionalistischen‘ Kräften“; sie stellt aber fest: „Seit einiger Zeit haben jedoch die Polarisie-

rung und die Spannungen zugenommen, so daß sie ein gesundes Maß übersteigen. Dadurch kommt es zu einer bedauerlichen Verhärtung der eigenen Standpunkte, die eine sachliche Auseinandersetzung verunmöglichen. An Stelle des offenen Gesprächs treten lieblose Kritik, persönliche Anfeindungen und gegenseitige Verkettungen.“

Einerseits richtet sich dieser Vorwurf an die Adresse ‚traditionalistischer‘ Publikationen, Zeitschriften und Flugblätter: Hier finden die Bischöfe, daß „der genannte Vorwurf um so schwerer wiegt, wenn er gegen Publikationen erhoben werden muß, die behaupten, der Wahrung, Verteidigung und Hebung des katholischen Glaubens zu dienen“. Konkret wird ihnen vor-